

Rede von Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters anlässlich der Einbringung des Haushalts 2015 am 16. Dezember 2014

Es gilt das gesprochene Wort!

Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 stellen wir die Weichen für die Zukunft unserer Stadt. Köln hat hervorragende Zukunftsperspektiven. Köln wächst, Menschen ziehen hinzu, weil sie hier Zukunftschancen sehen, weil sie die Stadt attraktiv finden und gern hier leben.

Mit dem Haushalt 2015 wollen wir die positive Entwicklung begleiten und gestalten; wir setzen neue Akzente, ohne dabei die Aufgabe der Haushaltskonsolidierung aus dem Blick zu verlieren.

Köln ist ein ausgezeichnete Standort sowohl für öffentliche als auch für private Investitionen. Alle, die hier investieren, haben Vertrauen in die Kraft dieser Stadt.

In der Nachkriegsgeschichte – abgesehen von dem direkten Wiederaufbau unmittelbar nach dem Krieg – ist noch nie so viel investiert, noch nie so viel gebaut worden wie in diesen Jahren.

Das macht uns wettbewerbsfähig im Vergleich zu anderen erfolgreichen Städten wie etwa Hamburg, München oder Stuttgart.

Man muss sich immer wieder vor Augen führen, was gerade geschieht, wie sich das Gesicht unserer Stadt auch wandelt.

Öffentliche und private Investitionen erstrecken sich auf die gesamte Stadt. Sie erreichen ein Volumen, das in den zweistelligen Milliardenbereich geht.

Davon profitiert die heimische Wirtschaft, aber auch alle Bürgerinnen und Bürger.

Lassen Sie mich nur einige von vielen Beispielen nennen.

Zukunftsinvestitionen des Landes Nordrhein-Westfalen

- Der Masterplan der Universität zu Köln umfasst einen Neubau- und Modernisierungsumfang von 1,3 Milliarden Euro für die nächsten Jahre.
- Der Neubau des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums der Fachhochschule ist mit 300 Millionen Euro veranschlagt.
- Der Neubau der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung auf dem Deutzer Feld wird nicht weniger als 50 Millionen Euro kosten.
- Der Umzug der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung gibt der Hochschule für Musik und Tanz neue Erweiterungsmöglichkeiten.
- Im Justizbereich ist sowohl der Neubau des Justizzentrums am Eifelwall als auch der vollständige Umbau der Justizvollzugsanstalt in Ossendorf in der konkreten Planung.

Auch für Investoren aus der Privatwirtschaft ist Köln ein begehrtes Pflaster.

- Der Umbau des Gerling- und des Gürzenichquartiers wird das Gesicht der Innenstadt deutlich aufbessern.
- Im nächsten Jahr beginnt der Umbau des Staatenhauses zu einem der schönsten Musical Theater Deutschlands.
- Die Fertigstellung großer Wohnungsbauprojekte wirft ihre Schatten voraus; zu nennen sind
 - Widdersdorf Süd, rund 1.400 Wohneinheiten
 - Clouth-Gelände, rund 1000 Wohneinheiten
 - Sidol-Gelände, rund 350 Wohneinheiten

- Klostergärten, rund 400 Wohneinheiten
- HDI, Flow Tower, rund 300 Wohneinheiten
- Sürther Feld, rund 900 Wohneinheiten
- Reiterstaffel, Gaedestraße, rund 500 Wohneinheiten
- Waldbadsiedlung Ostheim, rund 500 Wohneinheiten

Hinzu kommen die Planungen für Zündorf-Süd und den Ehrenfelder Güterbahnhof.

Mit dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen und dem Kooperativen Baulandmodell wollen wir dafür Sorge tragen, dass auch der geförderte Wohnungsbau deutlich stärker zu Tragen kommt.

Auch unser kommunaler Haushalt enthält wichtige Investitionsvorhaben.

- Im Schulbau sehen wir Baumaßnahmen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro vor; davon sind laufende Planungsaufträge von rund 626 Millionen Euro enthalten sowie geplante Projekte in Höhe von 619 Millionen Euro.

- Im kommenden Jahr wird die Neugestaltung der Ostseite des Doms abgeschlossen sein.

- Gleiches gilt für die Fertigstellung des Rheinboulevard in Deutz.

- Im kommenden Jahr sehen wir dem Abschluss des Projekts „Städtische Bühnen“ entgegen.

- 2015 wird der Startschuss für den Neubau des Historischen Archivs gegeben.

- 2015 wollen wir auch die Neugestaltung der „Mitte Porz“ in Angriff nehmen;

- ebenso wie den Start der „Bildungslandschaft Altstadt Nord“.

Alle diese Bauvorhaben werden von der Stadtverwaltung begleitet und getragen. Angesichts der Fülle der Projekte sind die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr belastet und manchmal auch überlastet. Ich danke ihnen für dieses außerordentliche Engagement. Wir wollen den so stark gestiegenen Anforderungen Rechnung tragen. Der Haushalt sieht deshalb eine deutliche Aufstockung im Personalbereich vor.

Köln ist eine wachsende Stadt. Bis Ende dieses Jahrzehnts werden 50.000 mehr Menschen hier leben. Laut Landesstatistik werden es 100.000 Menschen mehr sein im Jahre 2030. Es kommen junge Menschen, Familien, gut ausgebildete Fachkräfte, ältere Menschen, Zuwanderer. Und noch nie wurden so viele Kinder in Köln geboren wie in diesem Jahr. Jeden Monat sind es mehr als 1.000.

Der Bevölkerungszuwachs ist eine große Chance, aber auch eine Herausforderung.

Wo schrumpfende Städte ihre Leistungen der Daseinsvorsorge zurückfahren, ihre öffentlichen Einrichtungen zurückbauen, da bauen wir unsere Infrastruktur und unser Leistungsangebot an die Bürger aus.

Zum Beispiel im Verkehrsbereich. Neben der Sanierung brauchen wir auch einen weiteren Ausbau unserer Verkehrswege. Das gilt für die Erweiterung unseres Stadtbahnnetzes ebenso wie für den Neubau von Umgehungsstraßen wie z. B. in Porz-Zündorf oder in Meschenich.

Die Kapazitäten des Bahnknoten Köln reichen längst nicht mehr aus für die gestiegene und weiter steigende Nachfrage.

Der RRX wird insbesondere auf der Strecke Köln – Düsseldorf dringend benötigt – einschließlich eines Halts im Bahnhof Mülheim.

Die Bundesregierung ist gefordert, zu ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung für die Infrastruktur zu stehen. Hier im Ballungsraum Rheinland werden die Gelder am meisten benötigt.

Ich kann nur mit großem Befremden die Entscheidungen im Bundeshaushalt 2015 zur Kenntnis nehmen. Die Regionalisierungsmittel wurden nicht wie langfristig vorgesehen um 1,5 Prozent gesteigert – der Bundesrat hatte angesichts der Mehrbedarfe eine Steigerung um 16 Prozent gefordert – nein, die Mittel wurden auf dem Stand des Vorjahres eingefroren. Gegenüber wachsenden Städten halte ich dies für verantwortungslos.

Gleiches gilt für den nach wie vor völlig ungerechten Verteilungsschlüssel. Es bleibt bei der eklatanten finanziellen Benachteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen und damit auch unserer Stadt. Unser Land erhält bei 21,8 Prozent der Bevölkerung nur einen Anteil der Mittel von 15,7 Prozent. Der Süden der Bundesrepublik ist über lange Jahre besser gestellt worden, jetzt muss der Westen zu seinem Recht kommen.

Wir brauchen noch im kommenden Jahr eine Nachfolgeregelung für das 2019 auslaufende Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Schon jetzt werden Fördermittel vom Fördergeber Nahverkehr Rheinland wegen fehlender finanzieller Mittel abgelehnt.

Auch bei der Erziehung und Bildung stellen wir uns auf den wachsenden Bedarf ein.

Im Kita-Jahr 2015 werden 25 neue Kindertagesstätten in Betrieb gehen, so dass wir über 12.000 Plätze für Unterdreijährige anbieten können; das bedeutet eine Quote von 41 Prozent und eine Steigerung um 833 Plätze von einem zum anderen Jahr. Damit nehmen wir eine Spitzenposition in Nordrhein-Westfalen ein.

Somit geben wir für die Betreuung im U3-Bereich 405 Millionen Euro aus. Wenn man die Erträge von 216 Millionen Euro abrechnet, bleibt immer noch die riesige Summe von fast 200 Millionen Euro.

Im offenen Ganztagsbauern wir die Plätze von 24.000 im Vorjahr auf 26.500 Plätze im Schuljahr 2014 / 15 aus, was eine Versorgungsquote von 75 Prozent bedeutet.

Schon heute haben bereits 60 weiterführenden Schulen einen gebundenen Ganzttag. Vier weitere städtische Schulen kommen jetzt noch dazu.

Für die schulpflichtigen Kinder aus Zuwandererfamilien haben wir inzwischen 120 internationale Förderklassen eingerichtet. Der Ausbau auf 150 Förderklassen ist vorgesehen.

All diese Beispiele zeigen, was Köln leisten kann und was Köln aus eigener Kraft leistet.

Wir haben unsere Gestaltungsmöglichkeiten, und wir erhalten unsere Gestaltungsmöglichkeiten.

Wir sind in der Lage, in eigener kommunaler Hoheit Schwerpunkte zu setzen.

Mit dem Haushalt 2015 laufen wir nicht Gefahr, in die gesetzliche Haushaltssicherung bzw. in den Nothaushalt abzurutschen; die Entnahmekquote von 4,8 Prozent lässt uns allerdings keine zusätzlichen Spielräume.

Viele Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden, sehen sich gezwungen, ihre Einnahmen durch Steuererhöhungen, seien es die Hebesätze zur Gewerbesteuer oder zur Grundsteuer, zu sichern. Damit laufen sie Gefahr, in eine gefährliche Abwärtsspirale zu geraten. Immer wieder höhere Steuern bedeuten weniger Attraktivität für Investoren und Unternehmen, aber auch für den Lebensstandard in der Stadt.

Deshalb heißt es für uns im Haushalt 2015: Wir schaffen den Konsolidierungskurs auch ohne Steuererhöhungen. Das erfordert strenge Haushaltsdisziplin und weitere Entlastungen auf der Ausgabenseite, vor allem zur Erfüllung der globalen Minderausgabe.

Wir dürfen nicht verkennen, dass wir im kommenden Jahr zusätzliche Belastungen zu tragen haben.

Wir müssen von geringeren Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz ausgehen.

Das Land hat die Parameter für die Schlüsselzuweisungen zu unseren Ungunsten verändert. Insbesondere der Hauptansatz, also die Gewichtung der Einwohnerzahl, wurde erheblich reduziert. Hiervon ist die Stadt Köln als im Abstand größte Kommune sehr stark betroffen. Das schlägt im kommenden Jahr mit einer Absenkung der GFG-Mittel um 82 Millionen Euro zu Buche.

Zudem müssen wir mit steigenden Aufwendungen für die Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen rechnen.

Für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und der Unterbringung von Zuwanderern sind fast 80 Millionen Euro eingeplant, von denen das Land nur einen geringen Teil zu übernehmen bereit ist. Die 145 Millionen Euro, die das Land zusätzlich zur Betreuung von Flüchtlingen in ganz Nordrhein-Westfalen 2015 zur Verfügung stellen wird, sind nur ein erster Schritt. Von einer Vollkostenerstattung, wie in anderen Bundesländern, sind wir noch meilenweit entfernt.

Wir wollen die Menschen, die aus Not und Elend kommen, hier in Köln aufnehmen und menschenwürdig unterbringen.

Auch die von der Stadt zu tragenden Sozialaufwendungen steigern sich dynamisch. Die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter durch den Bund hat nicht zu einer maßgeblichen Entlastung des Sozialhaushalts geführt. Allein die Haushaltsaufwendungen in der Hilfe zur Pflege steigern sich von 93,6 Millionen Euro in 2015 auf 110,6 Millionen Euro in 2018.

Wachsende Stadt bedeutet: mehr Wohnungen, mehr Schulen, mehr Kitas, mehr Straßen und Verkehrswege.

Wir können nicht die Herausforderungen einer wachsenden Stadt annehmen und gleichzeitig die Personalquote in der Verwaltung senken. Mehr Einwohner fordern gleichzeitig auch mehr Service und Verwaltungsleistung.

Der Stellenplan sieht deshalb eine Verstärkung der Personalstellen in verschiedenen, besonders stark belasteten Bereichen vor.

Gleichzeitig unternehmen wir es, durch eine Straffung der Verwaltungsabläufe, durch Abflachung der Hierarchien, durch Bündelung der Kräfte in Projektgruppen Personalressourcen zu sparen.

Mit der Neustrukturierung der Gebäudewirtschaft zu einem Dienstleistungsunternehmen für die fachlichen Auftraggeber haben wir einen wichtigen Schritt zur Verwaltungsmodernisierung getan.

Sie können darauf bauen: Wir werden die „Road map“ Haushaltskonsolidierung nicht verlassen.

Das Ziel, im Jahr 2022 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, ist fester Bestandteil der weiteren Haushaltsplanung.

Am vergangenen Sonntag haben wir Kölner gezeigt, wie sehr uns ein toleranter Umgang und ein friedliches Zusammenleben am Herzen liegen.

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt. Wir wollen ihn sichern und stärken.

Unser Ziel ist es, niemanden von der sozialen Teilhabe auszuschließen. Deshalb legen wir so großen Wert auf eine gute und gerechte Bildung. Auch für uns in Köln gilt: „Kein Kind zurücklassen“.

Wir fördern die Bildungschancen in den sozial benachteiligten Vierteln. Wir haben uns die integrierte Quartiersentwicklung zum Ziel gesetzt. Vor Ort sollen alle zur Verfügung stehenden Mittel gebündelt und zielgenau eingesetzt werden.

Mit dem Programm Mülheim 2020 haben wir hier einen großen Erfolgsschritt getan. Heute werden wir den Beschluss über Lindweiler fassen. In Kalk Nord wird ein weiterer Schritt folgen. Durch eine intelligente Vernetzung unterschiedlicher Förderprogramme, von der Europäischen Union über den Bund bis hin zur gezielten Landesförderung, wollen wir neue Wege gehen.

Neue Wege, das gilt auch für die Zusammenarbeit mit der Kölner Wohnungswirtschaft. Stadt und Wohnungswirtschaft sind sich einig, dass der Anteil der bezahlbaren bzw. geförderten Wohnungen in Köln deutlich gesteigert werden muss. Gemeinsam, und ich betonte „gemeinsam“, machen wir uns auf, die 20.000 Wohneinheiten, die bis 2020 benötigt werden, auch tatsächlich zu realisieren. Damit können wir mit dazu beitragen, das Mietniveau zu stabilisieren.

Wir alle spüren, was es bedeutet, wenn jahrzehntelang zu wenig an den Unterhalt unserer Verkehrsinfrastruktur, an die Sanierung von Brücken, Tunnel und Straßen gedacht wurde: Mehrkosten und Mehrbelastungen.

Das ist kein spezifisch Kölner Phänomen, sondern betrifft die Verkehrswege in vielen Teilen der Bundesrepublik.

Mit dem Haushalt 2015 packen wir die Sanierung unserer zentralen Verkehrsanlagen tatkräftig an.

In der mittelfristigen Finanzplanung ist ein Investitionsvolumen für die nächsten Jahre von 320 Millionen Euro vorgesehen, davon allein 160 Millionen für unsere vier Rheinbrücken.

Jedem leuchtet ein, dass wir die Brücken- und Tunnelsanierung nicht allein aus eigener Kraft schaffen können. Die Bodewig-Kommission hat bundesweit einen Finanzierungsbedarf für Verkehrswege in kommunaler Baulast in Höhe von 3,2 Milliarden Euro jährlich festgestellt.

Der Bund ist nur bereit, über vier Jahre verteilt, 5 Milliarden Euro zu leisten – und zwar für alle Verkehrsmaßnahmen, Bund, Länder und Gemeinden.

Unsere Verkehrswege sind die Nervenstränge unserer Wirtschaft.

Wir in Köln machen unsere Hausaufgaben. Jetzt ist der Bund am Zuge.

Begleitend zu den Haushaltsanmeldungen haben wir ein Instandhaltungs- und Sanierungskonzept für alle wichtigen Verkehrswege vorgelegt. Koordiniert und mit der Bezirksregierung abgestimmt realisieren wir eine Maßnahme nach der anderen.

Wir wollen unser Konzept konsequent umsetzen. Trotz aller Beschwerden und Beschränkungen: Wir handeln jetzt und sichern die Mobilität in Stadt und Region auch in Zukunft.

Wirtschaft braucht Vertrauen. Wir schaffen für Unternehmen und das Handwerk verlässliche Rahmenbedingungen.

Unsere kompetente Wirtschaftsförderung begleitet und unterstützt unternehmerische und gewerbliche Entscheidungen.

Wegen dieser guten Rahmenbedingungen, die Köln bietet, hat die Lufthansa AG sich für unseren Flughafen als Standortzentrale ihres neuen Low-Cost-Carriers auf der Langstrecke entschieden. Das gibt dem Flughafen einen neuen Schub und im Verhältnis zu den Wettbewerbern eine neue Qualität.

Die Köln Messe startet im kommenden Jahr ihr größtes Investitions- und Modernisierungsprogramm ihrer 90-jährigen Geschichte. Die unterschiedlichsten Bereiche der Verwaltung begleiten diesen Prozess intensiv.

Die Europäische Flugsicherungsbehörde, EASA, erweitert ihr Aufgabenspektrum, stockt ihr Personal auf und bezieht im übernächsten Jahr die modernisierte Bahndirektion am Hauptbahnhof.

Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt entwickelt sich zu einem der führenden Innovations- und Technologiezentren in der Bundesrepublik. Dass die Raumsonde Philae hier in Köln konzipiert wurde, kommt nicht von ungefähr.

Eine gute Standortentscheidung ist auch der Ausbau des weltweit führenden Technologiezentrums der Ford AG in Niehl.

In Niehl geht im nächsten Jahr auch das deutschlandweit modernste GuD-Kraftwerk der RheinEnergie AG in Betrieb.

Und schließlich startet die Bahn AG den Bau ihres neuesten Instandsetzungswerks für die zukünftige ICE-Generation hier in Köln.

Alles das schafft Arbeitsplätze. Es führt dazu, dass wir auf eine bisher noch nie erreichte Beschäftigungshöhe von über 500.000 sozialversichert Beschäftigte verweisen können. Das gibt den Menschen in der Stadt, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit ihren Familien Sicherheit und Zuversicht.

Eine Stadt braucht Visionen – nicht unerreichbare Utopien, sondern große, realisierbare Ziele.

Der Umbau der bisherigen industriellen Brachflächen oder mindergenutzten Gelände in Mülheim Süd, im Deutzer Hafen und in der Parkstadt Süd erfordert visionäre Kraft.

Diese Stadt hat diese Kraft. Wir werden neue lebendige, spannende und abwechslungsreiche Quartiere dort entstehen zu lassen.

Der Startschuss für alle drei Gebiete ist gefallen. Die Entwicklung wollen wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben. Die Erfahrungen mit den Werkstattverfahren im Mülheimer Süden stimmen uns erwartungsfroh.

Die Stadt hat aber auch die Kraft, ein breites und vielfältiges Kulturangebot zu entwickeln.

Köln ist weder ein Stadtstaat noch eine Landeshauptstadt. Wir haben weder ein Staatstheater noch ein Landesmuseum. Wir müssen vieles aus eigener Kraft leisten. Und wir leisten vieles.

Ich muss Ihnen dieses vielfältige kulturelle Angebot nicht im Einzelnen vorstellen.

Ich bin begeistert über die Vielfalt unserer Kulturlandschaft, die Sie auch sehr anschaulich in unserem gerade erschienenen Kulturbericht nachlesen können.

Diese erfolgreiche Kulturarbeit für Köln werden wir auch 2015 fortführen, wie mit dem Erweiterungsbau Wallraf-Richartz-Museum und den Bau der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums.

Wir werden die Historische Mitte Kölns umgestalten und die Via Culturalis zu einer in Europa einzigartigen Kulturlandschaft entwickeln.

Zu all diesem legt der Haushalt, den wir Ihnen heute vorlegen, die Grundlage.